

Ordnungspolitik“ hat gerade keine Konjunktur. Gilt dies im sozialpolitischen Raum schon allgemein, so in der Gesundheitspolitik besonders. Den einen verrät allein der Verweis auf ordnungspolitische Maßstäbe nichts als eine Ausflucht, mit der eigentlich „unverzichtbare“ Interventionen zugunsten politisch gewünschter Ergebnisse nun (doch) nicht ergriffen werden sollen. Hier fehlen von vornherein Einsicht und Anspruch, die Konsistenz einer politischen Architektur sicherzustellen. Den anderen ist der Verweis auf „Ordnungspolitik“ mehr eine Floskel, um das eigene politische Handeln aufzuhübschen. Und eine Große Koalition, die ihre Ziele mit komfortablen Mehrheiten angehen konnte, hat sich mit einem selbst inszenierten ordnungspolitischen Kreuzverhör kaum die fehlende Opposition ersetzen wollen. So dekoriert „Ordnungspolitik“ allenfalls als traditionelles Rubrum die Debatten. Und den Rest an Willkürpotenzial begründet inzwischen die Bankenkrise, und sie führt vor - rein in die Milliarden - raus aus den Milliarden. - wie nah wir an einem staatlichen Gesundheitswesen sind.

Aber hier soll gar nicht von den überaus bedeutsamen Debatten um den Gesundheitsfonds, wie auch immer begründete Staatszuschüsse oder vom sogenannten „BMG-Morbi-Dreieck“, dem geflügelten Wort der nächsten Legislaturperiode, die Rede sein. Das hat keine Eile. Vielmehr befasst sich die G+S dank des Beitrags von Jürgen Malzahn im letzten Heft des Jahres 2008 mit der ausgefallenen Krankenhausreform. Und gerade dort kam es zu einer kleinen, symptomatisch - pittoresken Episode. War es doch ausgerechnet der Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, der sich bei der Reform gerade mit zusätzlichen Milliarden durchgesetzt hatte, der das Gesetzespaket leicht irritiert als „ordnungspolitisch“ verfehlt ansprach. Dabei konnten die Krankenhäuser die 21.000 neuen Pflegestellen zwar nicht offen zurückweisen - zweifellos aber hätten sie die weithin kassenfinanzierten Stellen lieber in Form nicht gebundener Finanzmittel eingestrichen. Pressemitteilungen der Universitätsklinika hatten dies schon zu Beginn der Debatte unumwunden angesprochen. Schließlich macht es auch keinen Sinn, den Krankenhäusern mit staatlichen Interventionen Stellen zu oktroyieren, die diese in

den letzten Jahren aus betriebswirtschaftlichen Gründen selbst abgebaut hatten. Zumal die Gründe für den Stellenum- und -Abbau angesichts weiter sinkender Krankenhauszahlen und Bettenauslastungen im Lande fortwirken. Überkapazitäten gibt es mithin nicht nur „im internationalen Vergleich“, sondern offen im Lande.

Nun gab ein gut bekannter Abgeordneter der Koalition den Hinweis der DKG auf „ordnungspolitische Mängel“ der Reform mit der Hinweis zurück, die Politik habe ja bei den Beteiligten keine entsprechend profunde Debatte vorgefunden, also müsse sie ad hoc entscheiden. Dass damit ein erfolgreiches neues Preissystem zurück zur Selbstkostendeckung gesteuert wird, schien den gut bekannten Politiker nicht zu bekümmern. Sollte er vielleicht das „Neue Deutschland“ lesen, das Experten bei dem Thema bereits als publizistische Zuflucht erkoren haben? Aber schließlich machte ein kleiner, verschmitzter Hinweis der Krankenkassenseite die absurden Züge dieser kleinen Episode doch noch für alle deutlich. Denn am besten führen mit der Stellenregelung - so die Experten - diejenigen Krankenhäuser, die selbst gar keine neuen Stellen schüfen, hernach wohl aber an der Änderung der Relativgewichte des Vergütungssystems partizipierten: Wenn die Politik „in guter Absicht“ gegen die ökonomische Logik der Betroffenen interveniert, dann verfehlt sie ordnungspolitische Rationalität gleich doppelt. Sie verzerrt die Ergebnisse eines erfolgreichen Vergütungssystems und begünstigt die Häuser, die das System durchschauen und selbst keine Einstellungen vornehmen.

Und der gut bekannte Abgeordnete der Koalition hat Recht. Wenn es keine ordnungspolitisch fundierte Diskussion der Beteiligten und Betroffenen gibt und alle ihre Forderungen auf den allzuständigen, interventionistischen Staat projizieren, wie soll die Politik selbst dann ordnungspolitisch belastbar handeln? Bei der Koalition, die sich die Große nennt, scheint nebenbei der Stellenwert der Fachministerien nicht recht mitgewachsen zu sein.

K.H. Schönbach